

Haushaltsrede von Dr. Barbara Grassel (DIE LINKE) zum Nachtragshaushalt der Stadt Hofheim für das Jahr 2022

„Beginne stets mit einem Lob“: An diese didaktische Grundregel will auch ich mich halten: Dieser Nachtragshaushalt ist erkennbar von dem Bemühen geprägt, unser Gemeinwesen **nicht kaputt zu sparen**.

Deshalb reduzieren Sie die Ausgaben lediglich **pauschal um 5%**.

Eine solche pauschale fünfprozentige Kürzung fast aller Ausgabepositionen spricht jedoch **nicht** für das Bemühen, politische Prioritäten zu setzen, sondern eher für die Hilflosigkeit, einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Und da diese pauschalen Kürzungen sinnfrei querbeet über alle Ausgabepositionen vorgenommen wurden, - selbst bei Positionen wie Mieten, Pachten, Versicherungsbeiträgen, Kraftstoffen und Spiel- und Bastelmaterial für Kitas - ist dieser Nachtragshaushalt von der Seitenzahl fast genau so umfangreich wie der ursprüngliche Doppelhaushalt und genauso unrealistisch.

Als letztes Jahr die neuen September-Steuerschätzungen vorlagen, sah **der Bürgermeister** noch keinen Korrekturbedarf an seinem stolz als ausgeglichen präsentierten Plan, **und dies, obwohl die Berechnungen des hessischen Finanzministers die ohnehin schon katastrophalen Steuerprognosen vom Mai für die hessischen Kommunen noch einmal deutlich nach unten korrigierten**.

Anfang Oktober 2020 wurde dann offenbar in der Kämmerei erkannt, dass dieser Plan nicht zu halten war. **Der Bürgermeister**, legte – nach der Antragssitzung - eine Fortschreibung vor. Darin war von einem ausgeglichenen Haushalt nichts mehr übrig, sondern der Kämmerer ging nunmehr für 2021 von einem Defizit von ca. 2,6 Mio. Euro und für 2022 von einem Defizit von ca. **5,3 Mio. Euro** aus. **Bis 2024 summierte sich das Defizit danach auf ca. 12,4 Mio. Euro (!)**

Und was war die Lösung? Die **Rücklagen** wurden zum Ausgleich dieser jährlichen Defizite verwendet, so dass der Haushalts-Ausgleich bis 2024 dann gesichert wäre, wenn die Entwicklung genau so verlief.

Der **Landrat** als Aufsichtsbehörde hielt diese Haushaltsplanung ebenso wie wir für waghalsig und verlangte im Juli diesen Jahres einen Nachtragshaushalt. Zitat:

„Unter Zurückstellung von Bedenken bin ich damit einverstanden, die Haushaltsgenehmigung für 2021 unter der Bedingung zu erteilen, dass Sie eine Nachtragssatzung gem. § 98 HGO für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 beschließen.“

Dieser **Nachtragshaushaltsplan** liegt nun vor, macht die Sache aber **nicht besser, im Gegenteil:**

„Gerettet“ haben den Kämmerer vor allem die **Corona-Kompensations-Zahlungen**. Dies kann aber kein Dauer-Heilmittel sein.

Außerdem schlägt der Bürgermeister allen Ernstes vor, den **Haushaltsausgleich über Grundstücksverkäufe** herzustellen! Das ist nun der **völlig falsche Weg!** Erstens kann man Grundstücke nur einmal verkaufen und so viele hat die Stadt nicht, zweitens ist allgemein bekannt und wird immer wieder beklagt, dass in Hofheim und seinen Stadtteilen bezahlbare Wohnungen fehlen und die HWB zwar über finanzielle Mittel, aber nicht über geeignete Grundstücke verfügt, um preisgedämpften Wohnungsbau zu betreiben.

Daher war es schon fatal, die städtischen Grundstücke Im Langgewann an einen privaten Investor ohne öffentliche Ausschreibung und weit unter dem Bodenrichtwert zu verscherbeln, statt sie an die HWB zu verkaufen, die dort gut 20 geförderte Wohnungen hätte bauen können. Stattdessen soll nun die HWB diese 20 geförderten Wohnungen auf dem Mohr-Gelände von einem anderen privaten Investor kaufen, und das zu einem Grundstückspreis, der fast doppelt so hoch ist wie der, den die Stadt Im Langgewann verlangt hat.

Grundstücksgeschäfte nach Art des Rathauses!

Einen Beitrag zur Verbesserung der Haushaltssituation leisteten schließlich in nicht unerheblichem Maße **nicht umgesetzte Maßnahmen** und damit nicht abgerufenen Haushaltsmittel. Dies ist zwar bezüglich des geplanten Umbaus des Busbahnhofes zu begrüßen, in anderen Bereichen jedoch ganz und gar nicht, das gilt insbesondere für die **unterbliebenen Baumaßnahmen in der Kinderbetreuung**. So wurden die Erweiterungsmaßnahmen für die Kitas Steinberg, Langenhain (Familienhaus) und Lorsbach bislang weder realisiert, noch abschließend geplant. Ergebnis: Alle Kitas im Stadtgebiet sind voll belegt, aber z.B. in Lorsbach gibt es seit Herbst 2020 nur noch 63 Plätze statt wie vorher 100.

Auch so kleine Maßnahmen wie die Beseitigung der Schlammstrecken am Anfang und am Ende des **Heinrichsweges**, um diesen bei jedem Wetter mit dem Rad befahr- und auch zu Fuß begehbar zu machen, wurden nach Monaten immer noch nicht umgesetzt.

Der Marxheimer **Brandweiher** ist auch immer noch nicht saniert, von der überfälligen Sanierung des früheren Wohn-Gebäudes der **Gaststätte Meisterturm**, das seit fünf (!) Jahren, seit 2016, unbenutzbar ist, ganz zu schweigen.

Am fehlenden Geld liegt es nicht, sondern an der fehlenden Umsetzung. Daher machen Haushaltsanträge zur Einstellung von Haushaltsmitteln schon keinen Sinn mehr.

Der überfällige **Kinderbetreuungsentwicklungsplan** kam zwar in diesem Jahr endlich, jedoch musste er **wegen diverser Mängel überarbeitet** werden und liegt seither nicht wieder vor. Der **Waldwirtschaftsplan 2021** konnte den Ortsbeiräten wegen Personalmangels nicht vorgestellt werden, dies soll erst 2022 geschehen (obwohl es sich dabei nicht um einen 5-Jahres-Plan handelt), und der Waldwirtschaftsplan für 2022 liegt auch noch nicht zur Beratung vor.

Stattdessen werden städtisches Personal und externe Planungsbüros mit **Planungsaufträgen** überhäuft, die dann alsbald wieder verworfen werden. Beispiele dafür sind die verworfene Planung für die Aufstockung/Erweiterung der Kita Lorsbach, und die Pläne für den Umbau des ZOB.

Große Haushaltsrisiken bestehen durch von der Mehrheit dieses Hauses beschlossene Maßnahmen, deren z.T. **immense Folgekosten** weder benannt wurden, noch bekannt sind. Das gilt nicht nur für das **Michelsberger Haus/Haus des Waldes**, wofür erst ein Konzept erarbeitet werden soll, sondern vor allem für das **Prestige-Projekt Haltepunkt Wallauer Spange**. Im Gegensatz zum barrierefreien Umbau des Zugangs zum Bahnhof Lorsbach, an dessen Kosten sich die Stadt nach dem Willen der Mehrheit wohl möglichst mit keinem Cent beteiligen soll, darf es bei diesem Geisterbahnhof mitten auf der grünen Wiese – nein, ökologisch noch schlimmer – mitten auf fruchtbarstem Ackerboden, gerne nicht nur ein bisschen, sondern ein großer Batzen mehr sein. Offenbar ist nicht allen hier im Hause klar, dass die **dortige Infrastruktur allein von den Kommunen bezahlt** werden muss. Und dazu gehört nicht nur der Bau, sondern auch die Wartung und der Betrieb des gigantischen Parkhauses und der Aufzüge, die zusätzlich zu den Rampen errichtet werden sollen, sowie der Betrieb der geplanten zusätzlichen Buslinien (Fahrzeuge, Personal) durch MTV oder ESWE. Die Baukosten der dort geplanten acht neuen Bussteige sind ein Klacks im Vergleich mit den laufenden Betriebskosten für die neuen Buslinien, für die diese Bussteige geplant sind. Und auch wenn die FAZ neulich schrieb, die Zusatzwünsche der Stadt würden **teuer für die DB**, so ist dies eben nicht so, denn wie es richtig in der Vorlage 2020/099 steht: Während der Bau der Schienenstrecke und der Bau des Haltepunkts in der Zuständigkeit der DB liegen, **sind für die Errichtung der Infrastrukturanlagen rund um den Haltepunkt die Kommunen zuständig**. Notwendige Infrastrukturanlagen sind ein P+R-Platz, Bushalteplätze, Fahrradabstellanlagen sowie die notwendige Erschließung. - Bekanntlich hat die **DB kein Interesse** an dem Haltepunkt, da für die Bahn ja die größten Störungen im Betriebsablauf Zwischenhalte und ein- und aussteigende Fahrgäste sind. -

Diese Infrastruktur-Kosten weder zu beziffern, noch „einzupreisen“, ist keine seriöse Haushaltspolitik.

Aus all diesen Gründen können wir dem Nachtragshaushalt genauso wenig zustimmen, wie dem ursprünglichen Doppel-Haushalt 2021/22.

Herzlichen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort.